

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming

Hans-Jürgen Akuloff

Persönliche Erklärung zum Schreiben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR an die Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Mitglieder des Kreistages auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR

Sehr geehrter Herr Furian
Sehr geehrte Damen und Herren,

mit meiner persönlichen Erklärung möchte ich dazu beitragen, die notwendige und sachliche Aufarbeitung der Arbeitsweise der damaligen Sicherheitsorgane zu unterstützen. „Die Aufarbeitung hat kein Verfallsdatum“ und soll, wie Roland Jahn auch formulierte, differenziert und mit Respekt vor den Menschen erfolgen. (Vergleiche MAZ vom 11.07.2011, Seite 5)

Ich erlebe die 4. Überprüfung und habe vor jeder einzelnen erklärt, dass ich im Zusammenhang mit der Erfüllung dienstlicher Aufgaben Arbeitskontakte zu Mitarbeitern des MfS hatte. Diese betrafen Fragen der Ordnung und Sicherheit im Territorium und bezogen sich auf Dienststellen von Massenorganisationen. Die heute in Rede stehende Tätigkeit als gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit vollzog sich von August 1978 und wurde am 11. Dezember 1980 aktenkundig wegen Perspektivlosigkeit beendet.

In der Hauptsache sollte meine Informationstätigkeit und direkte Einflussnahme über die Funktionsausübung dazu beitragen, die Arbeitsweise der Bezirksleitung der FDJ, insbesondere in Personal- und Organisationsfragen zu verbessern. Die oft vorhandene Übereinstimmung von beruflichen Aufgaben als hauptamtlicher FDJ-Funktionär mit dem Auskunftsbedarf der Mitarbeiter des MfS erlaubte mir mit vertretbarem Aufwand Soforteinschätzungen zu treffen. Erfolgreich durchgeführte Großveranstaltungen für die Jugend auf Bezirks- und DDR-Ebene bildeten in der Zusammenarbeit eine Vertrauensbasis. Reisen mit Freundschaftszügen in die UdSSR, die Gestaltung der X. Weltfestspiele in Berlin und die Aufgaben als ehrenamtlicher Reiseleiter u. a. in Österreich und Mexiko bildeten ein weiteres Betätigungs- und Befragungsfeld.

Selbstverständlich sind in diesen Zusammenhängen auch Einzelfragen zu Personen gestellt worden, weil es übliche Anlässe wie Disziplin- und Verhaltensfragen von Reiseteilnehmern gab. Aus den betroffenen Einzelentscheidungen ist kein Fall bekannt geworden, der in den zurückliegenden 41 Jahren Nachteile in der Persönlichkeitsentwicklung beteiligter Personen bewirkt hat. Ebenso sind keine Einzelanfragen zur Klärung von Einschränkungen in Ausbildung oder Studium bekannt geworden.

Die Fragen zur Zusammenarbeit mit dem MfS wurden mir übrigens ausnahmslos von den gewählten Gremien der Kommunalpolitik bzw. in deren Beschlusserfüllung gestellt. Auch dieser Themenkomplex bei den ersten Wahlen nach der Wende wurde bei Überprüfungen der Mitglieder des Kreistages Luckenwalde in Einzelgesprächen mit kirchlichen Amts- und Würdenträgern ausführlich besprochen. In meinem Fall hat Herr Pfarrer Wramba aus der Kreisstadt Luckenwalde eine ausführliche Gesprächsführung mit mir vorgenommen und die weitere Mandatsausführung empfohlen. In Auswertung der Gespräche auch in Bewertung der Problemdarstellung am Runden Tisch des Kreises Luckenwalde ist mir keine Niederlegung eines

Wahlmandates empfohlen worden. Einladungen zu thematischen Veranstaltungen mit Hauptinhalten zur Arbeitsweise von Schutz- und Sicherheitsorganen habe ich stets wahrgenommen und stand als Gesprächspartner u. a. für die Arbeitsweise von Kreiseinsatzleitungen zur Verfügung. Auf Einladung des Luckenwalder Pfarrers Herrn Riemer habe ich von der evangelischen Kirche veranstaltete Gesprächsrunden auch gemeinsam mit dem damaligen Landrat Herrn Frank dazu benutzt, sicherheitspolitische Vorgänge transparenter darzustellen.

Bis in die Jetztzeit habe ich Fragestellungen von Studenten, von künftigen Doktoranden und Geschichtsinstituten zur Diktatur unter den Verhältnissen der SED-Dominanz mit meinen Möglichkeiten beantwortet oder zumindest Denksätze geliefert. Mein persönliches möglicherweise streitbares Fazit ist, dass Kommunalpolitik grundsätzlich Parteinahme erfordert und Bürgerinteressen bei und nach Wahlen von gewählten, durch freie Wahlen bestimmte Vertreter umgesetzt werden. Die gesellschaftliche Anerkennung des Volksvertreters entscheidet über seine Voraussetzungen zur politischen Wirksamkeit. Ich hatte und habe das günstige Bedingungsgefüge von und für eine Partei nominiert zu sein, die von der Kandidatenaufstellung für Wahlfunktionen bis zur Funktionsausübung unbedingte Offenheit und charakterliche Eignungskriterien mit demokratischen Mitteln kontrolliert. Die Beschlusslage in meiner Partei ist strengstens darauf gerichtet offen mit der politischen Biografie umzugehen.

Abschließend möchte ich noch einmal auf die eingangs zitierte Jahn'sche Formulierung zurückkommen, dass Aufarbeitung kein Verfallsdatum hat. Sie trifft besonders dann zu, wenn die gemeinsame Verantwortung beider Seiten darauf gerichtet ist, die Kenntnisnahme der Lebensbedingungen der Betroffenen wach zu halten.

Ich stehe gern für Fragen zu den Sachverhalten der übermittelten Unterlagen zur Verfügung, ebenso für die ausführliche Darstellung von Einzelthemen und bedanke mich bei der Arbeitsgruppe für die Bemühungen um meine Person.

Luckenwalde, den 02. September 2011

Hans-Jürgen Akuloff